

Die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane steht vor eine Geschäftsleitung aus den befohlenen Mitgliedern; jeder der beiden Grobverbände stellt fünf Mitglieder.

Der Gesamtvorstand besteht aus 22 befohlenen und 24 unbefohlenen, insgesamt 46 Mitgliedern. Von den befohlenen Mitgliedern stellen beide Verbände je elf Mitglieder, und zwar:

Der deutsche Verkehrsband: fünf Mitglieder der Geschäftsleitung, den Korrespondenzsekretär, drei Reichsabteilungsleiter, den Leiter des Beamtensekretariats, den Leiter der sozialpolitischen Abteilung einschließlich Betriebsräte;

der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter: fünf Mitglieder der Geschäftsleitung, ein Reichsabteilungsleiter und ein stellvertretender Reichsabteilungsleiter, den Leiter der Abteilung für Werbung und Bildungswesen, den Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung, den leitenden Redakteur, einen weiteren Sekretär.

Von den 24 unbefohlenen Vorstandsmitgliedern stellen beide Verbände je 12 Mitglieder.

Die Revisionskommission setzt sich ebenfalls paritätisch aus sechs Mitgliedern zusammen.

Der Verbandsauschuß soll seinen Sitz in Hamburg haben.

Der Verbandsbeirat ist ebenfalls paritätisch besetzt, insgesamt mit 136 Mitgliedern; davon die überwiegende Zahl mit in den Betrieben tätigen Kollegen.

Auf eine Diskussion wurde verzichtet.

Den getroffenen Abmachungen über den Zusammenschluß wurde einmütig zugestimmt.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, von einer den Zusammenschluß betreffenden Urabstimmung Abstand zu nehmen.

Die gemeinsame Tagung.

Die gemeinsame Konferenz der drei Verbandsbeiträge tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

In seiner Eröffnungssprache würdige Kollege Schumann die außerordentliche Bedeutung dieser Tagung. Er betonte, daß

die Konzentration der Kräfte

seit jeher das Lösungswort jeder der drei Verbände war, die sich auf ihren einzelnen Tagungen nun entschlossen haben, ihre Selbständigkeit zugunsten der Einheitsorganisation aufzugeben. Schumann gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Zusammenschluß den Berufsgruppen, die in den „Vereinigten Verbänden“ ihre Interessenvertretung finden werden, neue Vorteile bringen und einen schnelleren Aufstieg der „Vereinigten Verbände“ im Gefolge haben wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß die Konferenz, Reichskanzler Hermann Müller durch Telegramm beste Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.

Das Referat über den Zusammenschluß erstattete Kollege Polenske vom Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes:

„Die Verbandsbeiträge des Deutschen Verkehrsbandes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter treten heute, am 26. Juli 1929, zusammen, um den ersten Abschluß einer Aktion zu vollziehen, die nicht allein in der Geschichte der drei Verbände, sondern auch in der Geschichte der freien Gewerkschaften Deutschlands von historischer Bedeutung sein wird. Nachdem die Beiträge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter getrennt einmütig dem Zusammenschluß mit dem Deutschen Verkehrsband zugestimmt haben, hat heute vormittag der erweiterte Vorstand des Deutschen Verkehrsbandes den gleichen Beschluß gefaßt. Die heutige gemeinsame Konferenz der drei Verbandsbeiträge soll diese Beschlüsse bestätigen und dem im Oktober in Berlin stattfindenden Verbandstag der drei Verbände den Zusammenschluß zur Organisation der „Vereinigten Verbände der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs“ empfehlen. Die einmütigen Beschlüsse der heutigen Tagung lassen die Zusammenlegung als gesichert erscheinen.

Damit ist eine Gewerkschaftsarbeit zum Abschluß gekommen, die im letzten Halbjahrzehnt in zahlreichen Konferenzen und Versammlungen der Verbände behandelt und besprochen wurde. In dieser Stunde, die eine Konzentration gewerkschaftlicher Kräfte vorbereitete und beschloß, denken wir mit Bedauern daran, daß eine große freigewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und insbesondere des Verkehrs, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, außerhalb unserer Einheitsfront steht. Wir sprechen in dieser historischen Stunde die Hoffnung aus, auch diese Organisation in absehbarer Zeit in unserem Bunde aufzunehmen und mit ihr gemeinsam die großen Fragen der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe zu behandeln.

Die Vereinigten Verbände werden aber nicht nur eine Organisation der Handarbeiter sein; als gemischte Organisation zählen sie in ihren Reihen große Teile der Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen des Personen- und Warenverkehrs. Im Rahmen der freien Beamtenorganisationen bilden die Beamten und Angestellten der Vereinigten Verbände einen beachtenswerten Faktor. Wir wollen, daß die Gewerkschaftsarbeit, die in den drei Organisationen im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten zum Aufstieg dieser

Organisation beigetragen hat, auch den Aufstieg der freien Beamtenorganisation herbeiführen wird. Wir sprechen die Hoffnung aus, die freien, besonders die kommunalen Beamtenverbände der Berufswahlmänner und die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten bald in unserer Mitte zu sehen, um dann gemeinsam die Großorganisation der Beamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe und Verwaltungen zu schaffen.

Wir wollen in dieser historischen Stunde einen kurzen Rückblick in die Geschichte der Verbände tun. Die älteste Organisation ist der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, hervorgegangen aus dem allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, der 1890 gegründet wurde; in die Reihe der freien Gewerkschaften eingetreten im Jahre 1903. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, heute rund 10 600 Mitglieder zählend, hat in unendlich schwerer Kleinarbeit unverdrossen an der Organisierung seiner Berufsgenossen gearbeitet; zum Teil eine Stillepostarbeit für die Organisation, aber eine Aufbauarbeit für den Gedanken der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Ein Beruf der Kleinbetriebe mit seinen fürchterlichen Begleiterscheinungen des Kost- und Logiszwanges. Die Organisation hat jahraus, jahrein Tausende von Mitgliedern gewonnen, um sie zum größten Teil wieder zu verlieren, da der Beruf nicht allen Berufsangehörigen eine Lebensgrundlage bietet. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter hat mehrere tausend Mitglieder in öffentlichen Betrieben. In der neuen Organisation wird die Kadgruppe der Gärtner und Gärtnereiarbeiter gemeinsam mit den Mitgliedern des bisherigen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Reichsabteilung Gemeinbetriebe eine beachtenswerte Kadgruppe bilden.

Der Deutsche Verkehrsband mit 393 000 Mitgliedern am 1. Juli 1929, darunter etwa 160 000 Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, hat gemeinsam mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Jahr 1896 als Gründungsjahr. Die Organisation wurde Weihnachten 1896 in Altona gegründet. Sie begann am 1. Januar 1897 ihr Leben als Zentralorganisation.

Hierbei eine historische Feststellung:

Der Deutsche Verkehrsband und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter entspringen einer gemeinsamen Wurzel. Im Jahre 1896, als in den Sommermonaten dieses Jahres die ersten gewerkschaftlichen Regungen der Gemeinbediensteten sich bemerkbar machten, und als sie im Herbst zur endgültigen Gründung der Organisation führten, schlossen sich die Berliner Gasarbeiter mit der Vereinigung der Arbeiter auf Holz- und Kohlenplätzen zur gemeinsamen Organisation zusammen unter dem Titel: Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstigen Arbeitsstätten. Bald stellte sich heraus, daß eine Zusammenarbeit beider Gruppen sehr schwierig war. Man beschloß, sich zu trennen. In einer Versammlung der Holz- und Kohlenplazarbeiter im August 1897, in der Kollege Oswald Schumann referierte, traten die Holz- und Kohlenplazarbeiter dem neugegründeten Verband der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter bei und bildeten damals in dieser jungen Organisation einen beachtenswerten Faktor.

Es wäre zuviel gesagt, daß wir mit fliegenden Fahnen der Neuordnung der Dinge entgegengehen. Organisationen, die auf eine so lange Geschichte zurückblicken, bedenken sich im Laufe der Jahrzehnte besondere Eigenarten in ihrem Aufbau und ihren sonstigen Lebensgewohnheiten eingebürgert haben, geben bewundernd ihre Form und Einrichtungen auf. Ich will keinen Hehl daraus machen, daß in der Organisation, die ich zu vertreten die Ehre habe, erhebliche Bedenken gegen eine Reihe von Bestimmungen über die Unterlagen der Verschmelzung vorhanden sind. So wie für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter trifft dies sicher auch für die beiden anderen Organisationen zu.

Mit besonderer Freude begrüßen wir es, daß von dem Gedanken einer Urabstimmung über den Zusammenschluß Abstand genommen worden ist. Wir betrachten dies nicht als eine Verletzung oder Beeinträchtigung der Demokratie, sondern als eine allgemeine Feststellung von der unbedingten Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses. Die neue Organisation wird kein Koloß auf ähnernen Füßen sein. Dagegen schicken uns die großen, gewaltigen Aufgaben, die wir sowohl in organisatorischer wie auch in wirtschaftlicher Beziehung zum Wohle unserer Mitglieder und zum Wohle der Einrichtungen der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Verkehrswezens zu lösen haben.

Neue gewaltige Probleme auf politischen, wirtschaftlichen und kommunalen Gebieten sind in diesen 33 Jahren entstanden und zum Teil ihrer Lösung entgegengeführt worden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der auf sein Banner das Motto geschrieben hat: „Staats- und Gemeinbetriebe sollen Mutterbetriebe sein“, hat in seiner 34jährigen Tätigkeit neben den sonstigen großen Fragen der freien Gewerkschaftsbewegung, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeiterrecht, Arbeitsvermittlung und in der neueren Zeit durch die Betriebsrätearbeit, die großen Fragen des sozialen Arbeitsvertrages in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt. In unendlich mühevoller Arbeit hat die Organisation bis zum Kriegsbeginn die Fundamente des sozialen Arbeitsvertrages geschaffen, des sozialen Arbeitsvertrages, nach dem nicht nur der Grundlohn Geltung hat: „Hier Arbeitskraft, hier Arbeitslohn“, sondern nach dem der Arbeiter Anspruch darauf erheben darf, daß auch ein wenig Sonne auf seinen Lebensweg fällt, und daß er und seine Angehörigen gegen die großen schicksalshafte Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit einigermaßen gesichert sind.

Neben diesen sozialen Fragen treten die Fragen der Mitarbeit in der Wirtschaft der öffentlichen Betriebe im

besonderen in den Vordergrund. Die Großorganisation soll eintreten für die Sozialisierung, für Überführung der Produktions- und Konsumtionsmittel in den Besitz der öffentlichen Hand oder in die Gemeinwirtschaft. Der Besitz der öffentlichen Hand und seine Weiterentwicklung werden stark umkämpft. Die privatkapitalistischen Mächte stehen in den öffentlichen Betrieben die Einengung und in der Folge eine Ablösung des kapitalistischen Systems.

Die neue Großorganisation hat die Aufgabe, mit besonderem Nachdruck die öffentliche Wirtschaft zu fördern und allen Verlegen, sie abzubauen, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. So erneuern wir unser Bekenntnis zum Sozialismus.

Der Redner beleuchtet alsdann die allgemeinen Gesichtspunkte, die die Verschmelzung der Verbände herbeiführen mußte. Es wird erreicht werden eine wesentliche Einschränkung der bisherigen Grenzfreistigkeiten. Wir haben eine einheitliche Front gegenüber den Gegnern im freigewerkschaftlichen wie auch vor denen im gegnerischen Lager. Die Agitationsmöglichkeiten in den Verkehrs-, Reichs- und Staatsbetrieben werden gewaltig gesteigert. Aber auch die gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkte über die Durchsetzung unserer Organisationsform im DGB werden sich günstiger gestalten. Unsere Auffassung vom Sozial-, Tarif- und Arbeitsrecht wird eine stärkere Vertretung bekommen. Gesichtspunkte allgemein politischer Art gehen dahin, daß wir uns einen größeren Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften sichern müssen, daß wir stärkere Vertretungen in den Körperschaften, in den Gemeinden, Staat und Reich erhalten.

Wir sind bereit, die durch unsere Tätigkeit in den Verwaltungen und Betrieben ermorbenen Kenntnisse positiv anzuwenden, nicht etwa in dem Sinne, als ob wir die öffentlichen Betriebe als eine Domäne unserer Organisation betrachten wollen, nicht etwa vom Standpunkt des Interesses der Arbeiter im besonderen, sondern wir werden sehr wohl jederzeit abwägen müssen zwischen den Interessen unserer Kollegen und der allgemeinen Volkswohlfahrt, die stets entscheidend sein muß. Aber heute sind vielfach noch die Interessen der Arbeitnehmer ungenügend berücksichtigt. Wir wollen nicht nur Objekt der Gesetzgebung sein; wir wünschen, daß unsere Organisation auch entsprechenden Einfluß in den Ministerien usw. gewinnt.

In dieser historischen Stunde kommt es nicht darauf an, die einzelnen technischen Fragen der Verschmelzung zu erörtern, sondern es gilt jetzt, die Unterlage der Verhandlungskommission möglichst einmütig anzunehmen.

Der Vorsitzende, Kollege Schumann, stellte dann fest, daß eine besondere Diskussion nicht mehr erwünscht ist, nachdem alle Fragen in den Verbandsbeiträgen vorher besprochen worden sind. Am 8. Oktober 1929 sollen nunmehr die einzelnen Verbandstage stattfinden, worauf am 9. Oktober der gemeinsame Verbandstag die endgültigen Beschlüsse zur Zusammenlegung der drei Verbände fassen wird. Kollege Müntner gab dann noch eine Uebersicht über die in den letzten Jahren gepflogenen Verschmelzungsverhandlungen. Er bewaurete erneut, daß die Eisenbahner schlecht beraten waren bei ihren Beschlüssen, andererseits könne man ihnen keine Vorwürfe machen, da jede Organisation über sich selbst zu entscheiden habe. Gegenüber dem vielgestaltigen Staatengebilde in Deutschland müßte einmal der Einheitsstaat kommen, und so müssen auch in den deutschen Gewerkschaften mögliche Einheitlichkeit und Konzentration der Kräfte sich durchsetzen. Möge jeder einzelne überzeugt sein, daß dieser Zusammenschluß eine gewerkschaftliche Notwendigkeit, ja eine gewerkschaftliche Tat ist. Gewerkschaftliche Arbeit ist nicht nur Tagesarbeit, sondern sie ist auch Lebensarbeit.

Mit einem Hoch auf die Vereinigten Verbände schloß der Vorsitzende, Kollege Schumann, die denkwürdige Veranstaltung.

Drei Ratifikationen.

Der Reichspräsident hat die formelle Ratifikation folgender drei internationaler Arbeitsübereinkommen vollzogen: Uebereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf ee. Uebereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung jugendlicher Personen als Kohlenzeher oder Heizer und das Uebereinkommen für die pflichtgemäße ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder. Das erste Uebereinkommen ist bereits von 22 Staaten das zweite von 21 Staaten und das dritte ebenfalls von 21 Staaten ratifiziert.

Ferner hat Deutschland kürzlich das Uebereinkommen über die Einrichtung von Methoden zur Festsetzung von Mindestlöhnen ratifiziert. Damit hat Deutschland nunmehr insgesamt 13 von 26 in Kraft stehenden internationalen Uebereinkommen ratifiziert.

Der Bundesbeitrag für die **33. Woche** (11. bis 17. August 1929) ist fällig.

Erkenntnis, daß politische Freiheit allein den besitzlosen Schaffenden nicht befreien, nicht zu höherer Kultur führen kann; daß darum die politische Demokratie unbedingt der Ergänzung bedarf durch die wirtschaftliche Demokratie. So wie es umgekehrt auch eine gerechte Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur geben kann auf der Grundlage der politischen Demokratie.

Die Gewaltherrschaft einer Minderheit, einerlei ob in faschistischer oder bolschewistischer Ausprägung, vermag ebensowenig eine sozialgerechte Wirtschaftsordnung zu schaffen, wie das der alte Privilegiertenstaat vermocht hat. Das politisch-demokratische und das wirtschaftlich-soziale Ideal sind untrennbar verbunden. Es sind nur die zwei Seiten des nämlichen Grundtriebs des Menschengeschlechts: Empor zu höherer Lebensformung! Das Ziel ist die Erreichung einer politisch-sozialen Organisation, die jeden ehrlich Arbeitenden

auch die Kultur seiner physischen und geistig-sittlichen Persönlichkeit ermöglicht.

Die Weimarer Verfassung hat die Bahn für diese Emporentwicklung freigelegt. Indem die große Mehrheit der politisch und gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft die Diktatur als staatliche Dauerform damals ablehnte und entschlossen für die Durchsetzung der Demokratie eintrat, hat sie ihr politisches Reifezeugnis erbracht. Sie wird sich auch als befähigt erweisen, das damals Errungene zu schützen. Darauf können sich die Diktaturanhänger vom Schlage Hitler, Seldte, Hugenberg ebenso verlassen wie die Anhänger der Moskauer Diktatur über das Proletariat.

Zehn Jahre hat das in Weimar geschaffene Werk nun hinter sich gebracht. Es hat sich den schweren Belastungsproben, die ihm die Nachkriegszeit bereitete, gewachsen gezeigt. Es wird sich auch weiter bewähren, den gegenwärtigen und allen kommenden Geschlechtern zum Heil. Dafür einzutreten, daran allezeit mitzuarbeiten, das sei das Gelübde des heutigen Tages!

Zehn Jahre deutsche Republik.

Zehn Jahre deutsche Republik! Zehn Jahre freier Volksstaat! Das Schwere, das der Krieg uns hinterlassen hat, hält oft davon ab, den gewaltigen Umchwung voll und gerecht zu würdigen, den Weimar in der deutschen Geschichte für alle Zeiten bedeuten wird. Könnte eine freie Volksrepublik in Zeiten des Glücks, des Aufstiegs ins Leben gerufen werden, es wäre leicht, begeisterte Anhänger und Freunde für den hohen und edlen Staatsgedanken „Alles durch das Volk — für das Volk“ zu gewinnen. Da das aber nicht geht, haben es die Gegner des Fortschritts und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung leicht: sie können die Umgunst der allgemeinen Verhältnisse für ihre selbsttätigen Zwecke ausnützen. Und das tun sie auch fortwährend. Und so verkümmert man die Tatsachen in das Gegenteil: das, was heute als harte Last und Bürde auf dem deutschen Volke liegt, wird mit allen möglichen Mitteln der Täuschung und Entstellung mit der neuen Staatsidee zu verquiden gesucht. Diese neue Staatsidee konnte aber noch gar keine Früchte tragen. Zehn Jahre bedeuten überhaupt in der Staatsgeschichte nicht viel. Aber das ist es weniger. Es gibt zunächst gar zu viel aufzuräumen und zu verändern, was nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden vermag. Was uns heute bedrückt, politisch, wirtschaftlich, kulturell, ist im alten Staat gewachsen. Die Fehler und Mängel, die wir heute befechten müssen, sind Fehler und Mängel, die in der alten Staatsidee wurzeln. Da es nicht leicht ist, das Zmeinander des Alten und des Neuen zu trennen, klar und deutlich Ursache und Wirkung zu erkennen, ist es auch nicht leicht, den heutigen Staat sachlich und gerecht zu beurteilen. Deshalb werden heute, nach zehn Jahren allerhöchster Ringens um den Fortbestand des deutschen Staates, kaum viele den Tatsachen ganz gerecht werdende Urteile über den inneren Wert und das bisherige Wirken der jungen deutschen Republik zu erwarten sein. Im alten Staate malte man gerne alles im hellsten Lichte, wenn man sich davon Vorteile für die Klassen- und Obrigkeitsstaatsidee versprach. Der Volks- und Freistaat muß alle Mittel der Täuschung und Selbsttäuschung verschmähen. Das neue Staatsideal steht voraus, daß Wahrsamkeit, Gerechtigkeit und Freiheit die Grundlagen alles Urteilens und Wollens bleiben. Das mündig gewordene Volk muß die Dinge so sehen, wie sie sind, wenn es seine Volksstaatsaufgaben richtig erfüllen soll.

Um den neuen Staat und seine Notwendigkeit verstehen zu können, muß man sich die leitenden Ideen vor Augen halten, die dem alten Staate zugrunde lagen. Es waren die Ideen der Welt des Militarismus, der Welt von Potsdam. Diese Welt setzte beim Staatsglobe äußerst wenig an geistiger und sittlicher Kraft voraus. Deshalb baute sich das ganze Staatsleben auf auf Gewalt und Befehl und Unterordnung und Gehorsam. Nicht denken, verstehen wollen sollte der Staatsuntertan, sondern lediglich gehorchen, folgen müssen. Das menschliche Ich galt nichts, wenigstens bei den Volksteilen, die zum Gehörten „geboren“ waren, die beständig unter irgendeiner Befehlsgewalt standen. Es war alles darauf angelegt, einzuengen, in starre Formen zu pressen; alles war, wenn nicht äußerlich, so doch innerlich uniformiert. Wo sich unter der breiten Masse Persönlichkeiten zeigte, wurde sie unterdrückt. Da auch die mit Hilfe eines schlaun Beredigtungsweusens in Herrscher-, Führer- und Leiterstellungen hineingelagerten Personen innerlich und sehr oft auch äußerlich uniformiert waren, wurde überall gerade das, was den Menschen wertvoll macht, die persönliche Eigenart, Begabung und Kraft, fast infinktisch geholt. Im gesamten Staatsleben, bei allen Behörden, auch mehr oder weniger bei den Gemeinden, herrschte der militärische Geist preussischer Führung. Alles wurde gewaltsam in irgendein Schema oder System gepreßt. Der Bureautratismus geübte deshalb auch wohl nirgends in der Welt so gut wie in Preußen-Deutschland. Militarismus und Bureautratismus haben die gleiche Wirkung auf das Leben: beide unterdrücken, hemmen, lähmen, entstellen oder erstickten es. So war der Staatsgeist früher. Die bevorzugten Klassen hatten erträgliche Lebensverhältnisse, wenn eben nicht in dem einen oder anderen ihrer Glieder so etwas wie Persönlichkeit nach von Tradition und Kaisergeist abweichender Betätigung drängte. Wer einer inneren Natur- und Gottesstimme folgen wollte, wen es drängte, eigenartiges Können zu verwerten, kam bald mit den äußeren Gewalten in Widerspruch. Er wurde möglichst schnell ungeschädlich

zu machen versucht. Es gibt wohl kaum noch ein anderes Volk, das so verschwenderisch mit seinen geistig-seelischen Kräften umgegangen ist, wie das deutsche. Es hat ungeheuer viel Eigenart, Begabung, Tüchtigkeit unentwidelt zugrundegehen lassen, es hat die Fähigkeiten nicht beachtet, nicht in die Führung gestellt, weil es ein feudaler Staatsgeist nicht zuließ, weil Geburt, „rechte“ und Klassen-, Rassen- und Standesvorrechte mehr, viel mehr galten als Geistes-, Charakter und Willenskräfte. Dieses ganze weltfremde, unwahrsamte, ungerechte Staatsystem war außergewöhnlich hohen Anforderungen, wie sie der lange Krieg mit sich brachte, nicht mehr gewachsen. Wenn wir heute die vier Kriegsjahre mit ruhiger, sachlicher Vorurteilslosigkeit an unserem Auge vorüberziehen lassen, erkennen wir überall, im Militärischen im Obrigkeitlichen und auch im Privatwirtschaftlichen deutlich die verhängnisvolle Wirkung des alten Staatsgeistes, der dem lebendigen Leben, das sich nicht befehlen läßt, zu wenig Bedeutung beimaß. Nirgends Anpassungsfähigkeit, nirgends Zeitverständnis, nirgends Ausgleich, nirgends Gemeinheitsgeist, nirgends Gelamverantwortung, Staatsstolz. Dagegen überall Ueberheblichkeit, Kritiklosigkeit, Wahrheitsfurcht, Blindheit gegen reale Tatsachen und naturbedingte ehre Gerechtigkeit. Wohl kann dem einzelnen Bürger des alten Staates deshalb kein Vorwurf gemacht werden. Er war das Ergebnis einer falschen Erziehung; er war gewohnt, blind zu glauben und zu gehorchen. Aber dieser Geist aus längst verlustenen Jahrhunderten mußte, auf eine letzte harte Probe gestellt, das Volk zu einem schlimmen Ende hinführen. Und das war das Tragische des Endes des alten Gewalt- und Befehlsstaates — als die Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit Gewalt und Befehl forderten, war alle Befehlskraft und Befehlsfähigkeit verschwunden. Die alten Gewalten hatten keine innerliche Lebenskraft mehr, sie sanken widerstandslos zu Boden. Das vor allem soll man heute nach zehn Jahren noch einmal wieder hervorheben, denn das bezeichnend den inneren Wert und Gehalt des Alten besser als alles andere. Es gehört eine kaum faßbare Ausprägung und Selbstfreiheit dazu, anzunehmen, der gründlich ausgelebte alte Staat könne mit allerhand rhetorischen und papiernen Mitteln wieder ins Leben zurückgerufen werden. Das verläßt nicht im geringsten mehr. Etwas anderes ist es, wenn sich das Großkapital das Ziel setzt, das Alte wieder gewaltsam heranzuzerren, allerdings nur, um es logisch für selbsttätige Gewinn- und Machtinteressen zu unterjochen. Eine neue Art von Autokratie von Großkapitals Gnaden wäre allerdings viel, viel verhängnisvoller als die verunkunte Autokratie. Eine solche Entwicklung wäre das denkbar Schlimmste, was unserm Volke widerfahren könnte. Darum heißt es wachsam, einig und kampfbereit sein.

Der Volks- und Freistaat ist in Weimar gegründet worden. Das hat symbolische Bedeutung für uns. Weimar, die Stadt Goethes, Schillers, Herders, ist die Stadt höchster deutscher Kultur, die Stadt der freien, suchenden, vorwärtsdrängenden Geistigkeit, die Stadt, in der unser größter Dichter das bedeutungsvolle, wenn auch oft arg mißverstandene Wort prägte: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit.“ Es konnte von dem ersten Reichspräsidenten Ebert keine bessere Wahl getroffen werden, als er vorschlug, die neue Reichsverfassung in Weimar zu beschließen. Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen“, heißt es bei Goethe. Und, was noch vertrauensvoller klingt und fast ammutet, als sei es für den bedeutungsvollen Akt der Neugestaltung der staatlichen Dinge bestimmt: „Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter; wenn wir sie behandeln, als wären sie, wie sie sein sollten, so bringen wir sie dahin, wo sie zu bringen sind.“ In Weimar wurde der Unterian zum Menschen gemacht. Er konnte seinen Willkür, den er ja nicht nur als Soldat trug, ausziehen. Er ward mündig, selbstverantwortlich, frei, er ward Volksstaatsbürger. Es ist etwas sehr Großes um diesen Umchwung der Dinge. Wenige haben ihn bis jetzt in ganzer Tiefe und Bedeutung erfasst, sonst spräche man wohl etwas mehr von dem neuen Staatsbürgerpflichten und -aufgaben. Auch im neuen Staat geht es nicht ohne Befehl. Aber jetzt befiehlt sich das Volk selbst in den selbst beschlossenen Gesetzen. Dadurch verlor sich das harte unpersonliche „Du sollst!“ in ein verständendes persönliches „Ich will!“ Unter ihm kann alles besser gehen. z.

Verfassung.

Wir sagten an dieser Stelle einmal, die freieste Verfassung, die sich je ein Volk gab, die Verfassung der deutschen Republik, sei in weiten Kreisen des Volks noch nicht in ihrem wahren Wert erkannt worden. Die Verfassung enthalte noch zu viel un ausgenütztes Gold. Heute müssen wir hinzufügen, daß es auch auf die Leute ankommt, die aus den Goldbarren Geld machen, denn es ist nicht zu leugnen, daß man uns das Geld arg vermanschte. Das Geld, das die Verfassung lebendig machen soll, klingt nicht, es klappert.

Die bürgerlichen Gesetzgeber haben Blech in das Gold gemischt und den wahren Sinn der Verfassung gefälscht.

Gerade heute wird das deutlicher denn je. Greifen wir die Frage des Tags heraus: Die Arbeitslosenversicherung. Der Artikel 163 der Verfassung lautet: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.“

Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“ Das sind wirklich goldhaltige Sätze, aber was soll durch „Reichsgesetze“ daraus werden? Die Anfeindungen des noch geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es eines der wenigen Gesetze, vielleicht das einzige Gesetz ist, das den Worten und dem Sinn der Verfassung einigermaßen entspricht. Nach der Meinung jener Leute, die sich um die Erfüllung eines anderen Verfassungssatzes:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“

mit allen Kräften herumdrücken, entspricht das Arbeitslosenversicherungsgesetz sogar allzu sehr der Bestimmung der Verfassung, und sie wollen es verschlechtern, weil sie vor 10 Jahren der Verfassung nur unter dem Druck der noch nicht beruhigten Arbeitermassen zustimmten. Wenn am 11. August Zentrum, Demokraten und Volksparteier die Verfassung feiern, soll es uns recht sein. Wir wollen aber darüber nicht vergessen, daß sie ihre Auffassung von der Verfassung feiern. Die Vertreter jener Parteien haben soeben im sogenannten Sachverständigenausschuß beschloffen, die Teile des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die der Verfassung der Verfassung am meisten gerecht werden, so zu verschlechtern, daß das Gesetz in Zukunft ein Hoh auf den Artikel 163 der Verfassung wird.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

hat zu dem bürgerlichen Anschlag auf den Artikel 163 der Verfassung und auf das Lebenrecht der Arbeitslosen Stellung genommen. Seine Entscheidung enthebt uns der ertelhaften Aufgabe, über die der monetären Geistesverfassung der kapitalistischen Parteien entsprungenen Verschlechterungsanträge heute besonders zu berichten. Die Entscheidung lautet:

Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstützungssätze nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Untragbar ist die noch weit darüber hinausgehende Unterstützungsbekürzung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstützter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kaltblütig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer erträglichen Regelung der Saisonarbeitsunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Wir sprechen hier nicht über das Schicksal des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung — das wird noch gesehen, wir würdigen heute den Wert der 10 Jahren alten Reichsverfassung.

Wir erinnern aber daran, daß vor 10 Jahren die Vertrauensleute jener Parteien, die heute durch ihr Sachverständigengutachten aus dem Gold der Verfassung sozialpolitisches Blech machen, ihren Namen unter die Reichsverfassung setzten.

Und sie sind trotz ihrem Sachverständigengutachten bereit, die Verfassungsfeier 1929 mitzumachen. Sind sie politische Heuchler? Einzelpersonen sicher, als Parteimasse ebenso sicher nicht. Sie unterliegen als Vertreter der untergehenden Klasse den Verhältnissen um so williger, als die Verhältnisse sich zugunsten ihrer früheren Anschauungen wandelten. Unter dem Druck der ausgewählten Volksmassen haben die Vertreter (und das waren alle „Bürgerlichen“) des früheren Obrigkeitsstaates ihre überlieferten Anschauungen von heute auf morgen über Bord geworfen und sich für eine freiheitliche Verfassung begeistert.

Aber die alten Machtverhältnisse, die 1919 so zertrümmert schienen, daß sogar Prinzen rot sagten, sind zum Teil wieder erstanden und mit ihnen die alten volksfeindlichen Ideen.

Man mühte, um das ohne Zwang klarzumachen, immer wieder Laßalles Gedanken über das Verfassungswesen zitteren. Die Schwerindustrie, die gemischte Industrie, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die alles verflüssigenden Großbanken: Das sind lebendige Stütze der wirklichen „Verfassung Deutschlands“. Diese „Wirtschaft“, das ist reale Macht. Hinter der geschriebenen Verfassung, die sich „das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen bekehrt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen... und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern... gegeben“ hat, steht in Wirklichkeit nur die Arbeiterklasse. Richtig:

Die Arbeiterklasse, repräsentiert durch die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften, stehen zwischen der Verfassung und den Feinden der Verfassung.

Wir wissen seit je, daß Arbeiterfeiertage Kampftage sind. Und wenn wir am 11. August für die Verfassung aufmarschieren, dann ist das eine Kampfanlage an die offenen Feinde und die falschen Freunde der Verfassung. Jeder 11. August soll uns eine neue Mahnung sein, aus den Zukunftsversprechungen der Verfassung lebendige Gegenwart zu machen. Dazu fehlt der Arbeiterklasse nur eins: Die Einigkeit.

Deutsche Arbeiterin, deutscher Arbeiter, organisiert euch in der Sozialdemokratischen Partei, in der freien Gewerkschaft. Gemeint seid ihr die Kraft, aus den Versprechungen der deutschen Reichsverfassung Tatfachen zu machen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1928.

Von einer günstigen Entwicklung der Verbände, seit Überwindung der Wirtschaftskrise 1926, konnte schon im Vorjahre berichtet werden. Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen hat sich auch 1928, und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch, fortgesetzt, zusammengenommen jedoch in etwas schwächerem Ausmaße als im Vorjahre. Nachteilig wirkte schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 gegenüber 1927 eine fühlbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes geltend. Mit Rücksicht hierauf kann das Gesamtergebnis der Mitgliederzunahme im Berichtsjahre immerhin noch als befriedigend angesehen werden. Die nebenstehende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres.

Table with columns: Name des Verbandes, am Ende des Jahres 1928, 1927, Es hatten Mitglieder am Jahresdurchschnitt 1928, 1927. Lists various trade unions like Baugewerksbund, Befeidigungsarb., Bergarbeiter, etc.

Zusammen 4 866 926 4 415 673 4 653 586 712 430

Dies Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich, sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 v. H. und 18,1 v. H. schwanken.

Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der weiblichen Mitgliederzahl, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstiege gemichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 Proz. der Gesamtzahl aus.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter recht günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen, besonders stark vermehrt hat sich die Beitragseinnahme. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 22 696 195 RM. gegen 182 252 326 RM. im Vorjahre.

Table with columns: Eintrittsgelder, Verbandsbeiträge, Verliche Beiträge, Beitragsbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen. Values for 1928 and 1927.

Die Beitragseinnahmen sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch pro Mitglied vermehrt, und zwar von 40,87 RM. im Vorjahre auf 44,02 RM. im Berichtsjahre.

Die Gesamtausgaben betragen 1928 189 363 911 RM. gegen 129 463 897 RM. im Vorjahre. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 RM. zu verzeichnen.

Table with columns: Unterstühtungen, Arbeitskämpfe, Presse u. Bildungswesen, Agitation u. Organisation, Sonstiges, Verwaltung. Values for 1928 and 1927.

Von der Ausgabe für Presse und Bildungswesen kommen im Berichtsjahre 7 632 405 RM. auf Verbandsorgane und 619 051 RM. auf sonstige Organe. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf.

1) Verband hat nichts berichtet. 2) Zusammengesetzte Mitgliederzahlen der früheren Verbände der Bäcker (8 142), Fleischer (16 643), Lebensmittel- und Gerüstearbeiter (74 443) und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (52 580).

Table: Von den Unterstühtungsausgaben ramen im einzelnen auf: Arbeitslosenunterstühtung, Krankenunterstühtung, Invalidenunterstühtung, Sterbefallunterstühtung, Sonstige Unterstühtungen, Rechtschutz an Mitglieder. Values for 1928 and 1927.

Die starke Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeigt, daß die Verbände im Jahre 1928 umfangreichere und härtere Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen hatten als im Vorjahre.

Der Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1928 kann an dieser Stelle nur kurz umrissen werden. Eingehender berichtet darüber das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1928, das in seiner textlichen und statistischen Darstellungen ein reiches Material zur Beurteilung der Tätigkeit der freien Gewerkschaften bietet.

Einkommen und Lebenslage.

Wenn man die Unternehmerpresse laufend verfolgt, so stößt man immer wieder auf die Behauptung, daß die Verhältnisse der arbeitenden Klasse infolge des stetigen Reallohnens sich wesentlich gebessert hätten. Daß Einkommen und Lebenslage zwei Begriffe sind, die im engeren Zusammenhang miteinander stehen, bedarf keiner näheren Begründung.

Es ist aber nicht unwesentlich, wie der Arbeitsverdienst vermindert werden muß. Es gibt eine Reihe Ausgaben, die zwangsläufig und bei den einzelnen Bedarfsstufen wieder sehr verschieden hoch sind.

Es gibt eine Reihe Ausgaben, die zwangsläufig und bei den einzelnen Bedarfsstufen wieder sehr verschieden hoch sind. Es ist eine altbekannte Tatsache: je niedriger das Einkommen, um so höher der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel und zwangsläufige Bedürfnisbefriedigung.

Table with columns: Physiologisch notwendige Lebensbedürfnisse, Pflichtausgaben, Sonstige Lebensbedürfnisse. Values for workers, employed, and teachers.

An dieser Tabelle fällt besonders die Steigerung der Pflichtausgaben auf. Die Steuerlast der Arbeiter war im Jahre 1928 gegenüber 1927 um mehr als das Sechsfache, die der Angestellten und Lehrer um mehr als das Vierfache gestiegen.

Table: von den Haushaltungen der Arbeiter, Lehrer, Beamten, kaufm. Angest., sonst. Angest. Values for 1928 and 1927.

Es befähigt sich hier der Erfahrungslehre, daß mit höherem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben fällt. Der Arbeiter hat also im Durchschnitt für Kleidung, Wäsche, Schuhe und sonstige Kulturbedürfnisse auch prozentual weniger Mittel zur Verfügung als höher entlohnte Schichten.

* Das Hamburger Amt kennt wohl keine Arbeiter, die weniger als 3000 M. Einkommen haben? Die Red.

fänger auf den ersten Blick unmögliche und undankbare Aufgabe, so wollen wir uns doch nicht dieser Arbeit scheuen. Sehen wir, liebe Jugendfreunde, zurück auf die Heroenzeit der Arbeiterbewegung, als das nur Sich-bekennen zur Sache große Gefahren in sich barg, so ist die heutige Arbeit dagegen ein Kinderpiel. Es genügt nicht, daß sich jeder erzieht und führen läßt, sondern jeder muß dazu beitragen, das erworbene Wissen auf seine Mitmenschen zu übertragen. Dann wird es auch nicht schwer sein, bei seinen Arbeitskameraden Mitleid und Verständnis zu erwerben. Wir dürfen nicht unsere persönliche Ruhe und Befriedigung vor die soziale Verpflichtung stellen. Wir müssen die Lage unserer Arbeitskameraden beobachten und durch gemeinschaftliche Jugendarbeit die Arbeits- und Lebensverhältnisse aller Jugendlichen zu verbessern suchen. Es heißt, die Trümer und Gleichgültigen, jene, die mit offenen Augen schlafend durch die Welt gehen, die gemittelt haben von einem Tag in den anderen hineinevegetieren, eines Besseren zu belehren. Hierbei werden wir oftmals die Erfahrung machen müssen, daß unsere Kollegen mit Ausstellungen sowie merkwürdigen, die Unkenntnis auf gewerkschaftlichem Gebiet beweisenden Antworten kommen. Darum müssen wir verstehen und lernen, auf die hauptsächlichsten Ausreden, Behauptungen und Einwände der Unorganisierten zu antworten. Nicht jeder Kollege, der sich weigert, dem Verband beizutreten, ist ein Bräutigam. Es mögen heute einige aufklärende Worte genügen, den Kameraden von dem Wert und der Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation zu überzeugen.

Treten wir den wenigen Kollegen entgegen, die da sagen, sie brauchen keine Organisation, keine Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung, weil sie ein „dauernde“ Stellung haben, weil sie jung und kräftig sind und nicht hungern brauchen. Ihnen wollen wir erklären, daß sie sich freuen können, wenn es sich so verhält; daß sie sich aber schämen sollten, wenn sie sich aus diesem Grunde nicht organisieren wollen. Seien nicht zu hungern braucht, hat erst recht die Pflicht, seinen Kameraden, denen es nicht gut geht, beizustehen. Nur der Kamerad sorgt für sich allein. Wer aber, Kollegen, hat denn heute noch eine dauernde Stellung? Eine leichte Krankheit genügt schon meistens, um uns brotlos, körperlich und seelisch elend zu machen. Wie wertvoll ist dann das gewerkschaftliche Rückgehalt!

Dann aber, Jugendfreunde, heran an die Beitrags-scheuen! Denen gilt es klarzumachen, daß wenn die Gewerkschaften nicht seit Jahrzehnten für höhere Löhne, wie überhaupt für bessere Lebensbedingungen gekämpft hätten, wir heute noch viel schlechter ständen. Nur die gewerkschaftlich organisierten Kollegen haben das Lebensniveau erhöht. Wer will aber mitemnen und nicht läsen? Die gewerkschaftliche Organisation, mit in auch unser Bund, ist die beste Sicherung gegen Lohnrückgang und Arbeitslosigkeit, überhaupt der beste Schutz gegen jede Arbeitskraftausbeutung!

Und nun, Jugendkollegen, wollen wir uns noch den Neugierigen widmen, die da glauben, der Unternehmer läßt eine gewerkschaftliche Organisation nicht zu. Ein derartiges Verbot gibt es heute gottlos nicht mehr. Geschlich haben wir das Recht, uns gewerkschaftlich zu organisieren; niemand darf uns dieses Recht nehmen. Doch soll es nur ein gesetzliches Recht geben, uns zusammenzuschließen? Nein! Moralisch müssen wir uns verpflichtet fühlen, gemeinsam für Recht und Wahrheit zu kämpfen. Wir Jugend der Arbeiterklasse dürfen uns dieser Aufgabe nicht entziehen.

Jugendkollegen, benutzt diese kurzen Hinweise und werdt nach Kräften für unsere Bewegung, verlaßt nicht unsere Mitglieder für unsere Jugendgruppe zu gewinnen. Nehmt einen Anteil an unseren Versammlungen und Veranstaltungen und bringt zu diesen Freunden und Bekannten mit. Werden dann die uns noch fernstehenden Berufskollegen gewahrt, wie gern sie bei uns gesehen sind, sehen sie, welche freundschaftliche Geist in unseren Kreisen herrscht, dann werden sie gerne wiederkommen und bald ganz für uns gewonnen sein. Jugendfreunde, nehmt folgenden poetischen Willkommengruß an eure Arbeitsplätze mit hinaus:

Was die Gewerkschaft will?

Fragt nicht mehr lang! Nur unsere Einigkeit führt uns entgegen einer besseren Zeit!
 Vereint nur hat das Proletariat die Stärke, die es braucht, um bei dem großen Werke der Volksbefreiung nicht zu unterliegen!
 Durch Einigkeit zur Kraft! Die Kraft wird siegen.

Aus dem Verkehrsleben.

Benzol oder Benzin.

Im Laufe der Entwicklung ist das Motorfahrzeug vom Sport- und Luxusfahrzeug zum Gebrauchsfahrzeug geworden, das auch bei weniger guter Behandlung seitens des Steuerers seine Dienste treu und unermüdet erfüllen soll. Die Anforderungen, die an ein Gebrauchsfahrzeug in erster Linie gestellt werden, sind: Zuverlässigkeit und niedrige Betriebskosten bei guter Leistung. Das Motorfahrzeug soll auch in den Händen von Ungeübten und Laien betriebstüchtig sein und soll ein Minimum an Reparaturen erfordern.

Die größte Störungsmöglichkeit wird beim Motorfahrzeug immer der Motor oder eines seiner Organe geben, als Folge der großen Beanspruchungen, die ihnen auferlegt sind. Bei einem stets fahrbereiten und zuverlässigen Fahrzeug ist die Beanspruchung der Motorteile in niedrigsten Grenzen zu halten.

Mit dieser Forderung eng verknüpft ist die Frage des Verdichtungsgrades. Es ist bekannt und durch eine Reihe von Versuchen erwiesen, daß durch die Erhöhung des Verdichtungsgrades eine Verbesserung der Ausnutzung der Brennstoffwärme, d. i. des Wirkungsgrades des Arbeitsprozesses im Verbrennungsmotor erreicht werden kann. Durch die Erhöhung des Verdichtungsgrades eines Vergasermotors von 5,0 auf 6,0 wird man eine Steigerung

des Wirkungsgrades um etwa 8 Proz., durch Erhöhung von 6,0 auf 7,0 eine Steigerung um weitere 4 bis 5 Proz. erreichen können, wenn man auch den Vergaser des Motors und andere Betriebsbedingungen (Kühlung, Zündung) den wegen des höheren Verdichtungsgrades zur Verwendung kommenden anderen Brennstoffen (Benzol, Spiritusmischung) anpaßt.

Diese Steigerung des Wirkungsgrades kann entweder zu einer Erhöhung der Leistung oder Verringerung des Brennstoff-Wärmeverbrauchs ausgenutzt werden. Die Leistungssteigerung entspricht jedoch nicht den oben erwähnten Prozentzahlen, sondern ist wesentlich geringer, weil mit Zunahme des Verdichtungsgrades die inneren Verluste bedeutend größer werden.

Die erzielbare Ersparnis an Brennstoffwärme entspricht nun keinesfalls einer Ersparnis an Brennstoffkosten, denn die sogenannten „Kopffesten“ Brennstoffe, die in Motoren mit sehr hohem Verdichtungsgrad verwendet werden müssen, sind wesentlich teurer als Benzin. Die Wärmeinheit des Benzols kostet etwa um 20 bis 25 Proz. mehr als die Wärmeinheit guten Benzins.

Höherer Verdichtungsgrad hat in besonderen Fällen ungewisselhaft seine Berechtigung, z. B. bei Rennbooten mit Kennmotoren, wo ohne Rücksicht auf Schonung und Lebensdauer aus dem durch die Klaseinteilung vorgeschriebenen Hubvolumen des Motors die größtmögliche Leistungsausbeute erzielt werden soll.

Für Gebrauchsfahrzeuge besteht ein derartiger Anreiz in diesem Maße nicht, sondern in erster Linie muß die Forderung auf Betriebsicherheit und Wirtschaftlichkeit betont werden. Mit der Leistungssteigerung um 12 bis 15 Proz. durch Erhöhung des Verdichtungsgrades von 5,0 auf 7,0 ist aber eine Steigerung der höchsten Verbrennungsdrucke in einem Explosionsmotor von etwa 30 Atm. auf etwa 48 Atm., d. i. um 60 Proz. verbunden. Da ein großer Teil des Triebwertes aus Festigkeitsgründen nach den Höchstdrucke zu bemessen werden muß, ist die Folge, daß ein hochverdichtender Explosionsmotor bei gleicher Verbrennungsausbeute ein größeres Leistungsgewicht (Gewicht in Kilogramm je Leistungseinheit in PS) hat als ein niedrig verdichtender. Das extreme Beispiel dafür ist der Dieselmotor, der einen sehr hohen Verdichtungsgrad hat, daher auch großen Wärmewirkungsgrad, aber auch großes Leistungsgewicht aufweist. Die niedrigsten Betriebskosten des Dieselmotors beruhen aber auf der durch das Verfahren (Einprägung) gegebenen Verwendungs-möglichkeit billiger Brennstoffe bei hohem Verdichtungsgrad.

Überaus gefährlich ist es, durch nachträgliche Erhöhung des Verdichtungsgrades wegen einer geringen Leistungssteigerung eine Erhöhung der Triebwerksbeanspruchungen in dem oben geschilderten Maß herbeizuführen.

Der durch die Erhöhung des Verdichtungsgrades notwendige Übergang zu dem in der Wärmeinheit um etwa 25 Proz. teureren Benzol bringt also trotz eines besseren Wirkungsgrades der Verarbeitung im Motor von etwa 12 Proz. letzten Endes doch um 15 Proz. größere Ausgaben an Brennstoff neben den nicht unerheblichen Kosten für den Umbau des Motors (Kauf eines neuen Zylinderdeckels, Einbau höherer Kolben) und der Erhöhung des Reparaturkontos wegen Überbeanspruchung des Motors.

Von ganz besonderer Art ist das Brennstoffproblem auch in der Luftschiffahrt im Flugbetrieb. Wir wollen auch hierfür etwas sagen.

Die Erreichung großer Aktionsradien stellt im Flugbetrieb an den Motorenbenzinstoff folgende Anforderungen:

„Geringes Energiegewicht, d. h. geringes Gewicht der Wärmeinheit. Großer Wirkungsgrad, mit dem die Wärme des Brennstoffes im Motor verarbeitet werden kann.“

Die erste Forderung wird am besten von Leichtbenzin mit vorwiegend gasförmigen Kohlenwasserstoffen als Bestandteilen erfüllt, welches einen unteren Heizwert bis etwa 10.800 Cal./Kilogramm aufweist, gegenüber Benzol mit 9600 Cal./Kilogramm und Alkohol mit 6400 Cal./Kilogramm aufweist.

Unzulässigerweise ist bei einem solchen Benzin mit dem erwähnten hohen Heizwert der Wirkungsgrad der Verarbeitung im Verbrennungsmotor infolge der geringeren Klopffestigkeit beschränkt. Das Auftreten von Detonationswellen im Zylinder zwingt, den Verdichtungsgrad des Motors unter einem bestimmten Wert zu halten und begrenzt somit den Wirkungsgrad der Verarbeitung. Der höchste Verdichtungsgrad für ein leichtes Benzin liegt bei Motoren mit kompaktem Verbrennungsraum bei etwa 5,0, der erzielbare effektive Wirkungsgrad beträgt etwa 28 Proz.

Benzol, welches gegenüber Benzin den Vorteil hat, einen größeren Verdichtungsgrad im Verbrennungsmotor zu vertragen gestattet also einen größeren Wirkungsgrad des Arbeitsprozesses. Praktisch ausföhrbar ist im allgemeinen ein Verdichtungsgrad bis etwa 7,0, bei welchem ein effektiver Wirkungsgrad von etwa 32 Proz. erreichbar ist. Die Steigerung des Verdichtungsgrades von 5 auf 7 dringt demnach eine Steigerung des Wirkungsgrades des Arbeitsprozesses um 12 bis 15 Proz.

Da jedoch Benzol gegenüber Leichtbenzin einen um etwa 12 Proz. geringeren Heizwert besitzt, äußert sich der bessere Wirkungsgrad der Verarbeitung der Brennstoffwärme nicht in einem Minderverbrauch an Brennstoffgewicht, sondern er wird durch den geringeren Energiegehalt des Benzols gerade etwa aufgehoben. Gelegentlich genannte Zahlen über eine Ersparnis an Brennstoffgewicht von 10 bis 15 Proz. entsprechen daher nicht den Tatsachen. Es handelt sich um die Ersparnis von 10 bis 15 Proz. an Wärmeinheiten beim Verarbeiten des energiereicheren Benzols.

Aus dem vorstehenden angeführten geht hervor, wie der Brennstoff beschaffen sein muß, der die beste Eignung für den Flugbetrieb aufweist. Es ist dies ein möglichst leichtes Benzin mit künstlich gesteigerter Klopffestigkeit. Das Problem, die Klopffestigkeit künstlich zu steigern, ohne an dem großen Vorzug des im Verhältnis zu den Wärme-

einheiten viel geringeren Gewichtes etwas zu ändern, an dem viel gearbeitet ist und noch wird, kann heute schon als gelöst angesehen werden.

Derartig hochklopffestes Benzin geklopft, seine 10.800 Cal./Kilogramm mit mindestens dem gleichen Wirkungsgrad im Flugmotor zu verarbeiten, wie jetzt das Benzol mit 9600 bis 9700 Cal./Kilogramm, daher erhöht das gleichgroße mitgenommene Brennstoffgewicht von diesem Benzin den Aktionsradius des Flugzeuges gegenüber Benzol um den Betrag seiner Leberlegenheit an Energieinhalt je Kilogramm, d. i. um etwa 10 bis 15 Proz.

Wenn schon im Flugbetrieb die Richtung der Entwicklung auf die Verwendung von Benzin und nicht Benzol hinweist, so ist dies im Fahrzeugbetrieb in noch bedeutend höherem Maße der Fall. Hier sind im allgemeinen die Brennstoffkosten kein Faktor, der vernachlässigt werden kann. Sie werden heute, wo fast überall Gelegenheit zur Auffüllung der Brennstoffvorräte gegeben ist, in den allermeisten Fällen wesentlich schwerer ins Gewicht fallen als der bei einer um 20 Proz. schwereren Tankfüllung Benzol um 10 Proz. vergrößerte Aktionsradius.

Die Benzine sind je nach ihrer Provenienz zu unterscheiden, als daß das hier skizzierte über die wirtschaftliche Leberlegenheit des Benzinbetriebes verallgemeinert werden könnte. Die im Handel erhältlichen Markenbenzine wie z. B. Dapolin erfüllen die Forderung niedrigster Betriebskosten in unzureichender Weise. W. M.

Literatur.

Alle hier angezeigten Schriften sind durch die Bundesbuchhandlung, Verlagsgesellschaft „Coulter“, zu beziehen. Bestellungen durch die Ortsvereinigungen.

Die Bräute im Dschungel. Von B. Traven, dem Verfasser des „Totenschiffes“, des „Schäges der Sierra Madre“ und anderer Werke, die sämtlich bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, kam ein neues Buch heraus: „Die Bräute im Dschungel“.

Von B. Traven, dem Verfasser des „Totenschiffes“, des „Schäges der Sierra Madre“ und anderer Werke, die sämtlich bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, kam ein neues Buch heraus: „Die Bräute im Dschungel“.

Das neue Travenbuch ist den Mittern gewidmet, den Müttern jedes Volkes, jeder Farbe, jeder Klasse, jeder Kreatur, die lebt! Es kniet vor dem Mütterlichen in aller Welt, vor der Mutter, die ihr Kind mit wilder Zärtlichkeit liebt und die ihr Viehies nicht hergeben kann, ohne dabei ein Stück aus ihrem eigenen Fleische mit losszureißen.

Eine kleine Pumpstation im Dschungel am Tamest. In der Nähe der Pumpe führt eine Brücke über den Fluß. Der Fluß ist tief genug, um einen Stürzenberg für immer verschwinden zu lassen, und die Brücke hat kein Geländer.

Bei einem kleinen nächtlichen Tanzergnügen in der Pumpstation fällt ein Indianerjunge in das Wasser. Der Schrei der Mutter steigt durch die Nacht der Wildnis.

In der tropischen Hitze verweist der vom Wasser aufgeweichte Leinwand mit fürchterlicher Schnelligkeit. Unter dem Gehle der Frau wird das tote Kind in den Sarg gelegt, in eine ungehörige Kiste, und für die Mutter ist der letzte Abschied von ihrem Jungen gekommen. Wie der Zug mit dem Sarg über die Brücke geht, bleiben die Leute an der Unglücksstelle stehen, und die Männer nehmen die Hüte ab.

Ein Friedhof ohne Heuchelei. Der betrunkene Lehrer aus dem nächsten Dorfe steht am Grabe, fällt brüllend auf die Grube, wird wieder auf seine Beine gestellt, und die letzte Szene des grauenvollen Totentanzes rollt ab. Erde bedeckt den Sarg, und die Mistt spielt das rechte Lied am rechten Platz: „Yes, we have no bananas...“

Adios, mein lieber kleiner Junge! Adios! Adios! So leben die Maden und Würmer! Adios! So wie du, wurde noch kein König begraben!

Und noch nie, solange es Bücher gibt, wurde ein Begräbnis so beschrieben, so grauhaft realistisch, so fürchterlich schmerzhaft, so toll aus Entsetzen und Zärtlichkeit gemischt! Noch nie zuvor wurde mit so eindringlicher Deutlichkeit, so unfeindlich und doch so einschütternd gezeigt, daß auch die Mutter eines schmutzigen Indianerjungen eine Mutter ist, ebenbürtig ihren Schwestern weißer Rasse.

Dieses Buch, bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, als Dreimärker erschienen, gehört zu B. Travens Meisterleistungen. Die erstaunliche Bildkraft seines Wortes erreicht hier eine fast erschreckende Höhe. Der unheimlich scharfe Beobachter und der entschlossene und nichts zurückweichende Gestalter Traven hat ein Werk geschaffen, das beispiellos das tiefste in der gelamten Literatur unserer Zeit.

Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Hermann Küpper in Harburg, Spt.-Nr. 1.975.054.

Falls es vorgezogen wird, ist es abzunehmen und an den Unterschriften einzulenden.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 20 Ziffer Sa und b der Bundesbesetzung:

In Danzig: Bruno Buddaisch, Spt.-Nr. 853.790; Paula Franz, Spt.-Nr. 865.117; Bruno Hanstein, Spt.-Nr. 857.651; Konrad Krüde, Spt.-Nr. 865.564; Fela Silbermih, Spt.-Nr. 865.603.

In Hamburg: Franz Bahle, Spt.-Nr. 584.106; Will Duborg, Spt.-Nr. 522.035; Wodo Eggerding, Spt.-Nr. 510.426; Karl Ehrhardt, Spt.-Nr. 574.950; Karl Erichsen, Spt.-Nr. 500.187; Ernst Hannemann, Spt.-Nr. 577.617; Heinz Havemeyer, Spt.-Nr. 509.498; Georg Radel, Spt.-Nr. 577.032; Kurt Rischner, Spt.-Nr. 578.207; Franz Maagen, Spt.-Nr. 522.012; Willi Meiner, Spt.-Nr. 577.569; Willh. Ströhl, Spt.-Nr. 522.015; Willh. Tege, Spt.-Nr. 548.335; Franz Wagner, Spt.-Nr. 576.810; Demetrius Wirth, Spt.-Nr. 509.026.

Der Vorstand:

Dswald Schumann, Berlin SO 16, Mißgallstraße 1, I.

